

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint drei Mal wöchentlich und zwar: Dienstags, Donnerstags und Sonnabends Abends.

Organ der social-demokratischen Partei.

Redaction und Expedition:
Berlin,
Alte Jakobstraße Nr. 67.

Redigirt von J. B. v. Hoffstein und J. B. v. Schweiger.

Abonnement-Preis für Berlin incl. Bringelohn: vierteljährlich 15 Sgr., monatlich 5 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den königl. preussischen Postämtern 15 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nordpreussischen Deutschland 12 1/2 Sgr., im übrigen Deutschland 20 Sgr. (fl. 1. 10. Südd., fl. 1. österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expediteur, von der Expres-Compagnie, Zimmerstraße 48a, sowie aus unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreispaltige Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bolder, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.

Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulee; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

Die gegenwärtige Aufgabe der social-demokratischen Partei.

Vortrag, gehalten am 16. Juni zu Leipzig, bei Gelegenheit der General-Versammlung des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Meine Herren!

Schwer und verhängnisvoll, wie kaum irgend ein Zeitraum in der Geschichte unseres Vaterlandes sind diese gegenwärtigen Tage. Auf das Aeusserste erbittert, in Waffen gerüstet, stehen kampfbereit die beiden größten deutschen Mächte einander gegenüber; die Urkunde, die bisher dem öffentlichen Rechte Deutschlands zu Grunde lag, der deutsche Bundesvertrag, liegt zerstückt am Boden und schon bringt uns der Telegraph die ersten Nachrichten des ausbrechenden Krieges.

Welches ist innerhalb dieser Wirren unsere politische Aufgabe und unsere politische Pflicht? — Dies ist die Frage, die sich unabwieslich an uns herandrängt.

Schwer ist es, in Zeiten hochgehender Bewegung ruhigen Gemüths und ungetrübten Blickes die großen Verhältnisse der Dinge zu erfassen; denn nur all zu leicht wird das Herz von Leidenschaft ergriffen. Aber versuchen wir es, uns die gegenwärtige Sachlage in ihrer wahren Bedeutung klar zu machen und bestimmen wir hiernach, welchen Weg wir, festen Schrittes, zu wandeln haben.

M. H.! Welches ist die Lage Deutschlands seit dem Jahre 1815?

In etwa dreißig Staaten ist unser Vaterland getheilt, in dreißig Staaten zerrissen, kaum durch ein gemeinsames Band zusammengehalten und eben darum ohnmächtig nach außen und ohne Achtung in dem Völkerrathe Europa's.

Inmitten dieser dreißig Staaten sehen wir zwei Mächte an Größe und Staatskraft alle anderen weit überragen, das Habsburgische Oesterreich und das Hohenzollernsche Preußen. Sie beide erschienen bisher als die vornehmsten Stützen des bestehenden Zustandes, daher als die Stützen der nationalen Zerrissenheit und der nationalen Ohnmacht; denn dies ist ja klar, m. H., und mit Händen zu greifen, daß stets, wenn die Nation es versuchen wollte, aus ihrer Geretheit zur Einheit herauszutreten, nicht die Klein- und Mittelstaaten es waren, welche das eigentliche und nachhaltige Hinderniß bildeten, indem diese ja zu schwach waren, einem Volkssturme oder auch nur der langsam wirkenden Macht der öffentlichen Meinung auf die Dauer zu widerstehen. — Oesterreich und Preußen, diese beiden altbegründeten Militärmächte, sie waren es, durch deren nachhaltige Kraft die Nation gegen ihren Willen in ihrer Zerrissenheit erhalten werden konnte.

Was folgt hieraus? Offenbar doch mit zwingender Logik, daß diejenigen, welche die nationale Einheit erstrebten, vor Allem suchen mußten, des

Gegensatzes zwischen Oesterreich und Preußen Herr zu werden; daß sie beflissen sein mußten, den Dualismus, die Zweitheilung, aus dem Volke herauszubringen, ihn auf die betreffenden Dynastien und ihren Anhang einzuschränken. Es ist ja so unendlich klar, m. H., klar wie die Sonne, daß der Dualismus niemals durch den Dualismus, sondern nur durch ein drittes, ein über dem Dualismus stehendes Element zu brechen und zu besiegen ist.

Als dieses dritte Element aber konnte nur Eines möglich sein: der deutsche Radicalismus, der, ebenso wenig als er etwas weiß von Nassau oder Hessen, ebenso wenig ein Oesterreich oder ein Preußen kennt, der Radicalismus des Deutschthums, der, auf die Zeitideen sich stützend, gleichmäßig die Bevölkerung Wiens und Berlins, dieser großen und entscheidenden Centralpunkte Deutschlands, gewinnen konnte.

M. H., Sie wissen, daß unsere Partei noch jung ist. Nicht uns — der deutschen Bourgeoisie war die Aufgabe zugefallen, während dieser letzten Jahrzehnte die deutsche Einheitsfrage zu fördern. Wie aber ist sie dieser ihrer Aufgabe nachgekommen?

Der Dualismus, ich wiederhole es, war das Haupthinderniß der deutschen Einheit, den Dualismus galt es auszurotten. Die Bourgeoisie jedoch — es ist unglücklich, aber es ist eine geschichtlich feststehende, eine zweifelloste Thatsache — die Bourgeoisie, weit entfernt, dem Dualismus agitatorisch entgegenzuarbeiten, hat denselben im Gegentheil agitatorisch gefördert. Die liberale Bourgeoisie des Nordens predigte die preussische Spitze und veranlagte eben dadurch die liberale Bourgeoisie des Südens, sich an Oesterreich anzulehnen. Gleichzeitig den Kampf gegen die absoluten Regierungen Oesterreichs und Preußens führend, auf dem Boden des Deutschthums stehend, rückichtslos den Dualismus bekämpften — das vermochten jene Schwächlinge nicht, weil sie auf Alles vertrauen, auf Alles in der Welt, nur nicht auf die eigene Kraft und die Kraft des Volkes. Tiefer und tiefer haben sie das Unheil des Dualismus, die dynastischen Interessen in das Volk hinabgetragen.

M. H., die schöne Saat hat ihre Früchte getragen. Jahrzehnte lang hat man nach der preussischen Spitze geschrien, Jahrzehnte lang hat man sich um Hohenzollern und Habsburg geschaart — wundere man sich nicht, wenn Habsburg und Hohenzollern jetzt Ernst machen.

Nichts, m. H., ist ja einleuchtender wie dies: daß, wenn einmal die Frage der deutschen Einheit reif sein würde, die bestehenden Mächte, die großen realen Gewalten in Deutschland, versuchen würden, sich der Lösung dieser Frage, des Ganges der Ereignisse, zu bemächtigen. Diese Gefahr gerade mußte abgewandt werden; denn nahm eine bestehende Macht die Frage in die Hand, so wurde die Lösung im nichtfreiwilligen, im dynastischen Sinne versucht, während doch die Aufgabe war, die deutsche Ein-

heitsfrage aus dem Volke heraus, im freiheitlichen Sinne, zur Lösung zu bringen. (Beifall.)

M. H., was die liberale Bourgeoisie des Nordens seit Jahrzehnten erstrebt, in diesem Augenblicke hat die preussische Regierung es zu verwirklichen begonnen. Ich bitte Sie dringend, sich zum Bewußtsein zu bringen, daß es für Leute, die das innere Wesen der Dinge, unbeirrt von der äußeren Form, zu erfassen vermögen, durchaus kein innerer Unterschied ist, ob ein conservatives oder ein liberales preussisches Ministerium die Lösung der deutschen Frage versucht; denn unter allen Umständen würde von einem preussischen Ministerium nur eine Lösung der deutschen Frage im preussischen Sinne, eine Vergrößerung Preußens, eine Verpreußung Deutschlands versucht werden, und nur die Präsen, welche dabei zur Anwendung kämen, würden verschieden sein, in dem einen und in dem andern Falle. Auch hat ja die namenlose Wuth der liberalen Bourgeoisie in Preußen gegen das Ministerium Bismarck ihren Grund durchaus nicht darin, daß derselbe diese Vergrößerung Preußens versucht, sondern darin, daß er thut, was so gern sie selbst gethan hätte.

Die Situation, welche die liberale Bourgeoisie durch ihre elende Anlehnung an dynastische Interessen mitgeschaffen, mindestens mitverschuldet hat, ist nicht etwa diese: Ob Preußen in Deutschland herrschen solle oder nicht; dann wäre ja die Sache nicht so schlimm, denn dann könnte man ja einfach: Nein sagen; die Frage steht vielmehr so: Ob Preußen oder ob Oesterreich in Deutschland herrschen soll. Dies grade ist ja das unendlich Traurige, der namenlose Fluch, den wir unserer Bourgeoisie zu danken haben, daß ein Drittes in Deutschland in diesem Augenblicke und bis auf Weiteres nicht mehr möglich ist. Hätte die Bourgeoisie ihre Schuldigkeit gethan, stände eine große, eine seit Jahrzehnten gefestigte radicale Partei schlagfertig durch ganz Deutschland da, unsere, der social-demokratischen Partei, Aufgabe müßte es sein, vereint mit dieser radicalen Partei des Bürgerthums dem drohenden Unheil uns entgegenzuwerfen. Hätte in fester Vereinigung das ganze Volk sich erheben können im deutlichen und festgewurzelten Bewußtsein seines Rechts und seiner Kraft, dann wäre — ja, dann wäre Hoffnung und Aussicht gewesen, den Bruderkrieg zur Unmöglichkeit zu machen. Dann, aber auch nur dann hätte sich die vereinte Volkskraft den beiden streitenden Machthabern mit vernichtender Wucht entgegenwerfen können.

Aber nicht also steht die Sache, m. H.! Daß der Bourgeoisie ist man in Wien österreichisch-liberal, in Berlin preussisch-liberal, in München bayerisch-liberal und nirgends deutsch-radical. Ein Aufschwung der Nation im entscheidenden Augenblicke war unmöglich, weil man die dynastischen Interessen in ihre Tiefe hinabgetragen hatte. Wir aber, eine Partei, die kaum seit etlichen Jahren besteht, wir

können unmöglich die festgewurzelten Folgen, welche das Treiben der Bourgeoisie hervorgerufen, mit einem Zauberstrich aus der Welt bannen; wir können nur feierlich constatiren in diesem verhängnißvollen Augenblicke, daß, wenn ein Aufschwung des Volkes gegen das Vorgehen seiner Dynastien unmöglich war, die liberale, insbesondere die klein-deutsche Bourgeoisie, der Gothaismus, die Schuld hiervon trägt. Wir können die Sachlage nicht ändern, wir müssen es offen eingestehen: Nur zwei streitende Theile von entscheidendem Gewicht sind in diesem Augenblicke in Deutschland vorhanden: Oesterreich und Preußen.

Und sind nun, m. H. — diese weitere Frage tritt an uns heran — sind diese streitenden Theile derart, daß wir, ohne besondere Veranlassung, uns bewegen finden könnten, für den einen oder den andern derselben Partei zu ergreifen?

M. H., wir sind Socialdemokraten, also vor Allem und in erster Linie Demokraten.

Als solche müssen wir Alles von uns weisen, was sich um dynastische Streitigkeiten dreht. Der preussische Absolutismus oder die österreichische Verdummungswirtschaft — keines von beiden ist dazu angethan, unsere Begeisterung wach zu rufen.

Aber, m. H., ist damit die Sache erledigt? Sieht es keinen Fall, der uns zur Parteinahme veranlassen müßte? Sind wir in der That dazu verdammt, schweigend diesem ungeheueren Kampfe gegenüberzustehen, thatenlos zuzusehen, wie das Gebäude des Bestehenden in Trümmer geht?

Nein, m. H., so steht die Sache nicht, wir haben mit positivem Wirken in den Gang der Ereignisse einzugreifen.

Um deutlich zu erkennen, welches der Weg ist, den wir zu betreten haben, müssen wir auf das innere Wesen, auf den bleibenden Zweck unserer Partei zurückgehen.

Als Ferdinand Lassalle das socialdemokratische Banner entrollte und wir Alle uns um seine Fahne scharten, da waren wir uns bewußt, daß die Neugründung oder, wenn Sie wollen, die Wiederbelebung der Socialdemokratie eine Nothwendigkeit war. Die liberale Bourgeoisie, ihren vorzüglichsten Ausdruck im preussischen Fortschrittlerthum findend, hatte unzweideutig an den Tag gelegt, daß sie nicht Willens oder unfähig war, die Interessen des Volkes zu vertreten. — Das Volk selbst mußte auf den Kampfplatz treten.

M. H., wohin wir auch den Blick wenden mögen in den constitutionellen Staaten, überall tritt uns dieselbe Erscheinung entgegen, überall sehen wir in gleichem Maße die hodenlose Ohnmacht der Bourgeoisie zu Tage liegen. In Preußen, im anschlagenthümlichen Staate des deutschen Nordens, hat sie nicht vermocht, den innern Conflict zur Lösung zu bringen. Was sage ich, m. H., sie hat es so weit gebracht, daß dieser innere Conflict längst nicht mehr eine practische Staatsfrage, sondern eine doctrinär-theoretische Fäulniß ist. Es gab eine Zeit, wo Viele glaubten, die preussische Bourgeoisie werde mit der preussischen Regierung fertig werden; allein um das Trügerische dieser Hoffnung bloßzulegen, war nur Eines nöthig: daß ein Mann auftrat.

Dieser Mann ist seinen festen Schritt gegangen, unbekümmert um all das Geschrei und Gewinsel jener „Führer des Volkes“, die sich vermaßen hatten, Deutschland retten, die nationale Einheit herzustellen zu wollen. Nicht zu einem entscheidenden Schritte vermochten diese „Führer des Volkes“ sich zu ermannen, nicht eine einzige That, die die Dinge zur Entscheidung drängen mußte, vermochten sie zu vollbringen. Mit ohnmächtigem Geplapper, fort und fort Parlamentchens spielend, haben sie geduldig jeden Schlag von oben entgegengenommen, ihre Schmach für Märtyrertum, ihre Niederlagen für Triumphe erachtend. Wer noch immer nicht eingesehen hat, daß das preussische Fortschrittlerthum unfähig ist, Männern gegenüber auch nur das leiseste durchzusetzen, der ist politisch stockblind und unrettbar verloren.

Aber, m. H., es ist nicht nur so in Preußen, es ist um kein Haar besser in Oesterreich, wo der Kaiser die Verfassung, für deren Unverletzlichkeit er sein kaiserliches Wort verpfändet hatte, ohne Wider-

stand zu finden, suspendiren konnte; es ist nicht besser in all den Mittel- und Kleinstaaten, wo die vielnamigen Reactions-Minister, unbekümmert um alles Kammergekläffe, thun und lassen, was ihnen und ihren Herren beliebt. Ja ihre eigne Parodie hat die Bourgeoisie aufgeführt, sie hat frühere weltgeschichtliche Epochen parodirt, als sie zu Darmstadt eine Ministeraufgabe erhob, ohne für deren Wirksamkeit Sorge tragen zu können. Es war eine Parodie auf frühere weltgeschichtliche Vorgänge, als die Mirabeaus von Darmstadt sehen mußten, wie der Ministerpräsident v. Dalwigk ihren revolutionären Plan mit einem freundlichen Lächeln entgegennahm.

Darum m. H., weil die liberale Bourgeoisie absolut unfähig ist, irgend etwas zu leisten, darum war es nöthig, daß das Volk selbst, die Arbeiter, das arbeitende Volk in die Arena des öffentlichen Lebens trat.

Was ist unser Streben, was ist unser Ziel? Wir wollen die Freiheit, die Gleichheit, die Brüderlichkeit; aber wir wollen sie nicht so, wie auch die Bourgeoisie sie will, bloß der äußeren Form nach, in rein politischer Beziehung, nein, wir wollen, daß Ernst gemacht werde mit jenen Principien, wir wollen, daß die sociale Frage, die Frage der materiellen Interessen, auf denen alle andern Fragen ruhen, gelöst werde.

Wie so men wir zu diesem Ziele, welches ist das Mittel zum Zweck?

Ferdinand Lassalle hat es mit festen und bestimmten Worten ausgesprochen, als er Ihnen zurief: Verlangt vor allen Dingen das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht! Verlangt es mit allem Nachdruck! Verlangt es mit Aufwendung aller Eurer Kräfte!

M. H., sind wir diesem Programm, dem wir zugejachtet in den Tagen der Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, sind wir diesem Programm nachgekommen?

Nein, m. H., wir haben dies nicht gethan; wir haben das allgemeine Stimmrecht nicht mit vollem Nachdruck gefordert, wir haben es nicht verlangt mit Daransetzung aller unserer Kräfte.

Ist es noch Zeit — so müssen wir uns heute fragen — das Veräumte nachzubolen? Und ich antworte Ihnen: Es ist nicht nur Zeit, das Veräumte nachzubolen, sondern niemals war die Lage günstiger für uns als in diesem Augenblicke.

M. H., wie vollzieht sich der Fortgang zum Bessern in der Weltgeschichte? Selten durch ein unmittelbares Sichaufrufen der Volkskraft! Meist dadurch, daß das Volk klug und sicher die Verlegenheiten der Machthaber zu benutzen weiß. M. H., der Minister, der vorzugsweise die preussischen Geschicke lenkt, der Graf von Bismarck, hat richtig erkannt, daß er gegen den österreichischen Kaiserstaat nicht nur mit preussischen Armeen, daß er auch mit den Ideen der Zeit gegen Oesterreich kämpfen muß. Er hat ein deutsches Parlament nach allgemeinem Wahlrecht, neuestens nach dem Wahlgesez von 1849, beantragt und wir freuen uns dessen; denn es ist eine Concession, die ihm abgenöthigt wurde durch die Schwere der politischen Lage; eine Concession nicht an die liberale Bourgeoisie, eine Concession, m. H., an uns.

Aber wir begnügen uns nicht mit diesem ersten Schritte, der nur ein halber Schritt ist. Wir verlangen mehr, wir müssen der preussischen Regierung klar machen, daß wir uns nicht abfinden lassen mit halben Maßregeln. M. H., es gilt in diesem Augenblicke das allgemeine Stimmrecht in Preußen, für die preussische Kammer, zu erobern. (Beifall.)

Kein Augenblick, m. H., kann günstiger sein, die erste wichtige Forderung unsers Programms zur Verwirklichung zu bringen! Wenn das arbeitende Volk aufsteht durch ganz Preußen und sein ewiges, sein unverjährbares Recht verlangt, wie sollten die Machthaber, die zerfallen sind mit den deutschen Regierungen, zerfallen mit der Bourgeoisie, wie sollten sie es wagen, auch das arbeitende Volk zurückzustoßen? Und Sie Alle im übrigen Deutschland müssen Ihren preussischen Brüdern zur Seite stehen, denn wenn Ihre Sache sich Bahn gebrochen hat in Preußen, welcher andere Staat

sollte Ihnen länger Ihr Recht vorenthalten? Das allgemeine Stimmrecht errungen in Preußen ist das allgemeine Stimmrecht errungen in Deutschland.

Muth und Selbstvertrauen, m. H., in diesem entscheidenden Augenblicke! Wenn Sie auftreten mit Ihrer ganzen Kraft und Ihrer ganzen Entschiedenheit, die preussische Regierung muß Ihnen nachgeben, Sie werden den ersten glänzenden Triumph in Ihren Parteiwegen erringen.

Ich weiß es, Arbeiter, die Bourgeoisie wird über ein solches Auftreten des arbeitenden Volkes Zeter und Mordio schreien. Aber Ihr werdet sie schreien und toben lassen und dabei nicht vergessen, daß je mehr die Bourgeoisie tobt und schreit, desto mehr Ihr in Euren Rechte seid. (Beifall.)

Es ist nicht schwer, die Anschuldigungen und Vorwürfe voranzujehen, die man erheben wird.

Ihr gebt — so wird man zum Ersten rufen — um das allgemeine Stimmrecht in der deutschen Frage die Sache des Rechts und der Freiheit an die preussische Regierung hin! Aber, m. H., wenn man Ihnen dies sagt, so werden Sie antworten: Wir geben gar nichts hin, wir verlangen einfach unser gutes Recht — wir verlangen dieses unser Recht von der Regierung, wie ja auch Ihr hundert Dinge von ihr verlangt. Und überdies: seit wann sind denn das Recht und die Freiheit der Nation bei der österreichischen Regierung? Nicht Gewalt steht gegen Recht in diesem Kampfe zwischen Oesterreich und Preußen; es steht preussische Gewalt gegen österreichische Gewalt. Freilich, m. H., niemals, dürften wir die Sache des Rechts und der Freiheit dahingeben — nicht für das allgemeine Stimmrecht und nicht für alle Güter der Welt. Aber Oesterreich, das concordatliche Verdummungs-Oesterreich, oder vielmehr seine Regierung, die dürfen wir, die wollen wir hingeben um das allgemeine Stimmrecht, ebenso wie wir Preußen und seinen Absolutismus gern hingeben würden, wenn Oesterreich den Weg der Concessionen an uns betreten hätte. Wir haben uns auf denjenigen Punkt zu werfen, wo wir Aussicht und Hoffnung haben, das fundamentalste Volksrecht zu erringen und wir werden uns darin nicht irre machen lassen durch alles Geschrei unserer Gegner. (Beifall.)

Oesterreich, m. H., Oesterreich! Ist es erhört, daß das Recht und die Freiheit bei Oesterreich sein sollen? Lügner und Betrüger sind es, die Ihnen vorsagen, bei Oesterreich sei das Recht und sei die Freiheit. Was ist denn bei Oesterreich? Die Bundeswirthschaft und die Vielstaaterei! Dieser „Rechtszustand“, welcher bisher in Deutschland bestanden, diese Bundeswirthschaft, die wir verflucht und verdammt haben in Grund und Boden hinein, ist das das Recht der Nation? Die reactionäre Wirthschaft in Oesterreich selbst und in den Mittel- und Kleinstaaten, ist das die Freiheit des deutschen Volkes? Nein, m. H., dieser ganze bisherige „Rechtszustand“ war für uns nichts anderes als der in Rechtsform gebrachte Verrath an der Nation und ob vom Standpunkte dieses Bodens Oesterreich Recht hat oder nicht, darnach haben wir nichts zu fragen, darum können wir uns nichts kümmern. Gewalt steht gegen Gewalt und das Recht der Nation ist bei keinem der streitenden Theile.

Darum noch einmal, m. H.: Nicht das Recht und die Freiheit würden wir hingeben an die preussische Regierung um das allgemeine Stimmrecht; was wir hingeben würden, ist die österreichische Regierung und der Bundestag, und dieses Geschenk, m. H., dürfen wir mit gutem Gewissen machen. (Beifall.)

Alein noch ein Anderes wird man Ihnen entgegenwerfen. Man wird Ihnen zurufen: Ihr verlaßt uns, die Fortschrittspartei, in unserem schweren Kampfe um die preussische Verfassung. Aber Sie werden diesen Rufern antworten: Wir kümmern uns den Teufel um Euren elenden Quark und Plunder. Wenn wir auch nur die leiseste Hoffnung noch haben könnten, daß Ihr diesen Conflict zur Lösung zu bringen fähig wäret, so wären wir ebenso bemitleidenswerth, wie Ihr selbst. (Beifall.)

Bedenken Sie, m. H., wenn seit Jahren noch Hoffnung war, daß die preussische Fortschrittspartei